

NICOLAS BÜCHSE

Von Staatsbürgern und Protestbürgern
Der Deutsche Herbst und die Veränderung
der politischen Kultur in der Bundesrepublik

Kurz nachdem Anfang Dezember 2005 die Entführung der deutschen Archäologin Susanne Osthoff durch islamische Terroristen im Irak bekannt geworden war, erklärte Bundeskanzlerin Merkel, dass die Bundesrepublik nicht erpressbar sei und der Staat nicht nachgeben werde. Diese Demonstration von Entschlossenheit veranlasste Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* zu einem kritisch-nachdenklichen Kommentar. »Es sagt sich so leicht: Die Republik darf nicht erpressbar werden. [...] Solche Sätze können zum Tode führen, solche Sätze opfern das Opfer.«¹ Gerade aufgrund der Schleyer-Entführung im Herbst 1977 sei eine andere, auch von der gegenwärtigen Terrorismusbekämpfung favorisierte Maxime zu befolgen: Nicht nachzugeben, dies aber auch nicht zu zeigen, und die Terroristen im Zweifel zu lassen, um Zeit für die Ortung und Befreiung der Geisel zu gewinnen. Nicht minder wichtig sei jedoch die Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien des durch Terrorismus herausgeforderten Staates: Wer den Terror mit eigener Rechtlosigkeit und Folter bekämpfe, missachte die Menschenrechte und pflege den Terror.

Dieses Spannungsverhältnis machte schon 1977 der damalige Bundespräsident Scheel in seiner Schleyer-Gedenkrede deutlich: »Haben *diejenigen*, die die Terroristen unterstützen, überhaupt noch nicht begriffen, was eine demokratische Lebensordnung ist, so haben *diejenigen*, die auf der menschlichen Würde auch des Terroristen bestehen, die Demokratie zu Ende gedacht.«² 1977 erschien dies wie eine nostalgische Reminiszenz an die großen Ideen der sozialliberalen Gesellschaftspolitik bis 1973. Jedoch war ein solcher Satz wohl kaum in einer teilweise hysterisierten Öffentlichkeit populär, in der die Einführung der Todesstrafe für Terroristen in den Meinungsfragen konstante Mehrheiten erlangte.³

1 Heribert Prantl, »Staat oder Leben«, *Süddeutsche Zeitung*, 3./4.12.2005.

2 Mahnung und Verpflichtung des Todes von Hanns Martin Schleyer. Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt in Stuttgart, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1977, Nr. 107, S. 973-976, hier S. 976.

3 Bei einer Umfrage der Wickert-Institute sprachen sich beispielsweise 67 Prozent der Befragten für die Wiedereinführung der Todesstrafe für Terroristen aus; vgl. Die Bürger meinen: Die Härte der Regierung war richtig, *Quick*, 1977, H. 43 (27.10.1977); auch die

Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die sozialliberale Politik schlechthin befand sich in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in der Defensive. So wurden spätestens seit Mitte der siebziger Jahre fast alle Bereiche der Reformpolitik von einer abwehrenden Grundhaltung abgelöst, die in erster Linie auf »Bewahren« statt auf »Verändern« setzte. Ein weit verbreitetes Angstgefühl ließ sozialliberale Slogans von Demokratie und Liberalisierung verblassen. »Unregierbarkeit« und »Krisenhaftigkeit« wurden die neuen Modeworte. Der bundesdeutsche Terrorismus mit seinem Höhepunkt im Herbst 1977 stellt ein – vielleicht *das* – Schlüsselmoment für die Modifikation sozialliberaler Reformpolitik und für die Verwandlung der politischen Kultur der Bundesrepublik während der siebziger Jahre dar.

Im Deutschen Herbst⁴ mit Schleiers Entführung und Hinrichtung, der Befreiung von Mogadischu und den Toten von Stammheim trat in den Kontroversen über politische Gewaltanwendung hervor, was sonst im Alltagshandeln politischer Institutionen weitgehend verborgen bleibt: Dramatisierungen, Schuldzuweisungen, Versuche von Skandalisierung und Gegen-Skandalisierung, Verdichtung von Ängsten in symbolischen Gesten und Deutungen, Entstehung von Legenden und der Appell an die Staatsräson. Terror bringt in der Regel die symbolische Ordnung einer Gesellschaft zum Einsturz und zerstört die Erfahrung alltäglicher Normalität.⁵ Deshalb ist, wie Andreas Musolff in seiner Untersuchung über Terrorismus und politischen Sprachgebrauch bemerkt, die öffentliche Diskussion des terroristischen Angriffs keineswegs ein leeres Ritual, das sich eine liberale Gesellschaft als Luxus und legitimierende Überhöhung staatlicher Repressionsmaßnahmen leistet.⁶ Sie bildet vielmehr einen zentralen Bestandteil für

Wiedereinführung der Todesstrafe generell wurde von einer Mehrheit der Bevölkerung nach Jahren der Ablehnung gefordert; vgl. »Darf der Staat mit dem Tode bestrafen«, Die Welt, 14.9.1977.

- 4 Der Begriff »Deutscher Herbst« dürfte um 1977/1978 geprägt worden sein. Die erste Publikation, die diesen Terminus aufnahm, erschien 1978: Verlag Neue Kritik (Hg.), Ein deutscher Herbst. Zustände 1977, Frankfurt am Main 1978. Der »Herbst«-Allegorie bediente sich im Jahr 1978 ebenfalls der Episodenfilm »Deutschland im Herbst«, in dem verschiedene Regisseure um Volker Schlöndorff und Rainer Werner Fassbinder ihre »spontanen Reaktionen auf die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik« (Inhaltsbeschreibung der Filmemacher) visualisierten.
- 5 Vgl. hierzu: Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998; Bruce Hoffman, Inside Terrorism, London 1998; Ronald Hitzler/Jo Reichertz, Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror, in: dies. (Hg.), Irritierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror, Konstanz 2003, S. 7-12.
- 6 Vgl. Andreas Musolff, Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und öffentlicher Sprachgebrauch, Opladen 1996, S. 11.

die Selbstverteidigung der Öffentlichkeit im »Theater der Grausamkeit«⁷, von dessen Ausgang das Resultat der Auseinandersetzung mit den Terroristen abhängt.

Wie beeinflussten 1977 die Reaktionen des Staates gegenüber dem Terrorismus, insbesondere durch ihre mediale Vermittlung, die Konzepte einer demokratischen Gesellschaft? Zu fragen ist, ob nach der Aufbruchphase zu Beginn des Jahrzehnts kaum wenige Jahre später im Zeichen der antistaatlichen Gewalt alles auf die »Bleierne Zeit« des Deutschen Herbstes zusteuerte und mit einer Regression des »mündigen Bürgers« zum loyalen Staatsbürger verbunden war – oder ob diese Jahre nicht auch als »Neuanfang« gelesen werden können, wie dies jüngst Klaus Weinbauer vorgeschlagen hat.⁸

I. Schwacher Staat und Bürgerpflicht: Die Rückkehr der Staatsloyalität

»Es waren in starkem Maße die Anstrengungen dieser Partei, die aus rechtlosen Proletariern und unmündigen Frauen Bürger gemacht haben: noch nicht genug Citoyen, vielleicht zuviel Bourgeois, aber da ist ja ein Weiterentwickeln möglich.«⁹ Willy Brandt wählte hoffnungsfrohe Worte in seinem offenen Brief an Max Frisch im Dezember 1977. Entlang der Losungen »Humanisierung der Arbeitswelt«, »Teilhabe« und »Mitwirkung« ließ der sozialdemokratische Parteivorsitzende das Panorama sozialliberaler Gesellschaftspolitik aufziehen. Jedoch stünde »die zweite deutsche Demokratie in der Bewährungsprobe«. Es gelte, sich zahlreicher Anfeindungen zu erwehren, nicht zuletzt gegen »diejenigen, die geistige Grundsätzlichkeit und radikales Denken mit Extremismus gleichsetzen und diesem den Stempel des Terrorismus aufdrücken wollen«. Für die SPD bleibe trotz allem die Verwirklichung von breiter Teilhabe der Menschen in allen relevanten Lebenswelten die wichtigste Aufgabe »wahrer Politik«.

7 Das »Spektakel des Terrorismus« zwingt der Gesellschaft nach Jean Baudrillard den »Terrorismus des Spektakels« auf; Jean Baudrillard, *Der Geist des Terrorismus*, Wien 2003, S. 32 f.

8 Klaus Weinbauer, *Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 219-242.

9 Willy Brandt, »Dank an die Ketzer, die nicht verbrannt wurden«. Eine Antwort des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf drei Fragen des Schweizer Schriftstellers Max Frisch«, *Frankfurter Rundschau*, 8.12.1977.

Das von Brandt zitierte Leitbild des mündigen Bürgers war indes schon länger verblasst und seit der Eskalation des Terrorismus im Deutschen Herbst bei weiten Teilen der Gesellschaft geradezu desavouiert. Die politische Kultur hatte sich verändert, denn im Zeichen des Terrorismus erlebten konservative Gesellschaftsvorstellungen eine Renaissance. »Bürgerpflicht« verdrängte »Bürgerfreiheit« in den Selbstverortungsdebatten, »Loyalität« erfuhr eine Aufwertung zulasten von »Emanzipation«. Die sozialliberale Gesellschaftspolitik befand sich in der Defensive. Zwei Jahre bundesdeutscher Terrorgeschichte – die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und die Geiselnahme in der deutschen Botschaft in Stockholm 1975, schließlich die Massierung terroristischer Aktionen im »Terrorjahr 1977« mit den Morden von Kommandos der Roten Armee Fraktion (RAF) an Generalbundesanwalt Siegfried Buback im April und dem Sprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, Ende Juli – hatten, so sahen es Beobachter, im »Bewußtsein der Westdeutschen tiefe Spuren hinterlassen, die politische Landschaft grundlegend verändert«. ¹⁰ Die Terroranschläge bildeten in der zeitgenössischen Wahrnehmung einen »Angriff auf das Herz des Staates« ¹¹ auf den Gebieten Sicherheit und Ordnung.

Nachdem am 5. September 1977 der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer in Köln entführt und vier seiner Begleiter bei Feuergefechten auf offener Straße erschossen worden waren, schlug die behördlich protokollierte »Verunsicherung der Bevölkerung« teilweise in Hysterie um. Golo Mann verstieg sich in einem weit rezipierten Artikel in der *Welt* zu apokalyptischen Visionen eines drohenden Bürgerkriegs; düstere Klagen über Folgen des allzu »laschen Handelns« des Staates waren unerlässliche Ingredienzen der Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die *Bild* untermalte mit großformatigen Fotos von Panzern und Stacheldraht in der Bundeshauptstadt den »Ausnahmestand« in der »Festung Bonn«, und ein ARD-Brennpunkt fragte, ob der Rechtsstaat in der »Stunde Null« angekommen sei. ¹² 74 Prozent der Befragten einer Allensbachumfrage sahen den Staat durch den Terrorismus bedroht, ¹³ die *Welt am Sonntag* stellte der Regierung ein Ar-

¹⁰ Eigentlich müsste jeder verdächtig sein, *Der Spiegel*, 1977, H. 38, S. 22-33, hier S. 24.

¹¹ So auch der Titel des Sammelbandes: Henner Hess u. a., *Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus*, Frankfurt am Main 1988.

¹² Golo Mann, »Quosque tandem?«, *Die Welt*, 7.9.1977; beispielhaft für die Kritik an der Schwäche des Staates in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: Johann Georg Reißmüller, »Die innere Sicherheit ist zerbrochen«, ebenda, 7.9.1977; vgl. z. B. die Aufmachung der *Bild*-Titelseite vom 15.9.1977; ARD-Brennpunkt »Hilfloser Rechtsstaat?«, 7.9.1977, 20.15 Uhr.

¹³ Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983*, München 1983, S. 321.

mutszeugnis in der Antiterrorpolitik aus: 78 Prozent der Bevölkerung würden glauben, die Bundesregierung habe die Bedrohung durch die Terroristen zu leicht genommen.¹⁴ Leitartikel über die »jämmerliche Schwäche der Regierenden«¹⁵ gaben dieser Einschätzung immer neue Nahrung. Über 60 Prozent der Befragten waren in diesem überreizten Klima bereit, eine Einschränkung persönlicher Rechte etwa bei Überwachungen und Hausdurchsuchungen hinzunehmen, wenn zur Bekämpfung der Terroristen der Einfluss von Staat und Polizei verstärkt werden müsse.¹⁶

Gekoppelt an die »Unregierbarkeitsdebatte«¹⁷ der siebziger Jahre und an eine skeptischere Einschätzung staatlicher Steuerung,¹⁸ erlangte die These von der »Schwäche des Staates« vor allem durch die Erfolglosigkeit der bisherigen Terrorismusbekämpfung Plausibilität. Besondere Gewichtung erfuhr das Bedrohungsszenario durch Analogien zu Weimar. So warnte Bundestagspräsident Karl Carstens (CDU) vor einem »schwachen Staat, der sich wie 1933 nicht gegen seine Feinde wehren könne«.¹⁹

Wenige Tage nach der Schleyer-Entführung verteilten CDU-Orts- und Kreisverbände bundesweit Flugblätter, auf denen gefordert wurde, »den Terrorismus als das zu erkennen, was er ist: Ein Anschlag auf die Freiheit und Sicherheit aller Bürger«.²⁰ Unter dieser Losung bewarben die Christdemokraten ihre Forderungen nach Grundrechtseinschränkungen²¹ im Kampf gegen den Terrorismus mit der einfachen Gleichung »Terrorbekämpfung und Verfassungsschutz sind Bürgerschutz und Verteidigung der Freiheit aller«. Vielfach ging mit der diagnostizierten Schwäche des Staates eine Kritik

14 Welt am Sonntag, 11.9.1977, zit. n. Analyse der Wochenendpresse vom 10./11.9.1977 des Bundespresseamtes.

15 Vgl. u. a. Enno von Loewenstern, »Die ermunternde Kulisse«, Die Welt, 10.9.1977.

16 Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983, S. 321.

17 Vgl. zur zeitgenössischen Debatte über »Technokratie« und »Unregierbarkeit« u. a. Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977.

18 Zum Scheitern der Planungsambitionen der Regierung Brandt vgl. Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005, bes. S. 411-418.

19 »Carstens sieht im Terrorismus eine Hauptgefahr«, Weserkurier, 29.9.1977.

20 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Flugblatt 23/77 »Zur Sache: Kampf dem Terrorismus«, 8.9.1977, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, ZASS III 11. Inneres Terrorakte/B Reaktionen der CDU.

21 CDU/CSU setzten die angebliche »Verschleppung« der Antiterrorgesetzgebung durch die sozialliberale Koalition als Thema in der Wahlwerbung ein; vgl. z. B. CDU-Bundesgeschäftsstelle, Zum Thema: Die verschleppte Gesetzgebung gegen den Terrorismus. Vorschläge der CDU, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der unionsgeführten Länder seit 1971 zur Bekämpfung des Terrorismus und die Reaktion der SPD/FDP, Bonn 1977.

am Staatsverständnis der sozialliberalen Koalition einher. Zu Beginn des Grundsatzforums der CDU Mitte September 1977 in Berlin hielt der damalige CDU-Vorsitzende Helmut Kohl SPD und FDP vor, viele ihrer Mitglieder hätten sich schwere Fehler bei der Einschätzung des Verhältnisses der Bürger zum Staat geleistet. Jahrelang seien Kritik, Protest und Konfliktbereitschaft als politische Haupttugenden gefordert worden, weil man darin Antriebskräfte zur Überwindung scheinbar verkrusteter Strukturen gesehen habe. Nun sei ein beachtlicher Teil derjenigen, die mit Protest und Kritik begonnen hätten, »dabei zu schießen« oder die Terroristen als Sympathisanten zu unterstützen.²²

»Das letzte Gefecht«²³ kämpften konservative Publizisten und Politiker nicht nur gegen den Terrorismus, sondern auch gegen eine vermeintlich vorherrschende Gesellschaftsfigur in der Bundesrepublik, die diffus als »sozialdemokratisch« ausgemacht wurde. Quell aller Unsicherheit und terroristischen Gefahr waren in den konservativen Deutungen die »Eingriffe in die Gesellschaft« durch die Sozialdemokraten seit Beginn der sozialliberalen Koalition. Dieses Musters bediente sich Kohl seinerzeit häufig: »Sie [die Sozialdemokraten, N.B.] haben die Regierungsmacht dazu benutzt, ihr vielfach ideologisch verbogenes, nicht am Menschen, sondern am Kollektiv ausgerichtetes Verständnis von Freiheit in praktische Politik umzusetzen.«²⁴ »Emanzipation«, »Liberalisierung«, »Konfliktpädagogik« und »Systemkritik« waren in konservativen Kreisen Synonyme einer Umgründung der Republik im Zeichen einer kulturellen Hegemonie der Sozialdemokraten. Mit kulturpessimistischen Versatzstücken bekräftigten sie den Zwang zur Renaissance bürgerlicher Werte, sittlicher Normen und autoritärer Staatlichkeit. Der ehemalige sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann personifizierte für diese Kreise eine durch Liberalisierungsmaßnahmen pervertierte öffentliche Moral: »Heinemann ist die passende Symbolfigur eines Staates, welche die Terroristen nun ad absurdum geführt haben. Diese Idee war vielleicht schön [...], aber auf jeden Fall durchaus unrealistisch. Ganz grundsätzlich verkannte sie nämlich das Ausmaß, in dem die Bürger [...] auf Gedeih und Verderb mit ihrem Staat verbunden sind«²⁵, kommen-

22 »Kohl: Notfalls das Grundgesetz ändern. ›Koalition schläferte Wachsamkeit ein‹, Frankfurter Rundschau, 23.9.1977.

23 So der Titel eines Artikels des CSU-Abgeordneten Günther Müller im Pressedienst der CDU/CSU, *Deutschland Union-Dienst*, abgedr. in: Frankfurter Rundschau, 15.9.1977.

24 Heinz-Joachim Melder, »Kohl kritisiert Missbrauch des Freiheits-Begriffs«, Frankfurter Rundschau, 23.9.1977.

25 Peter R. Hofstätter, »Wir stehen im Kampf mit Partisanen«, Die Welt, 19.9.1977.

tierte ein Hamburger Psychologe in der *Welt* und reaktivierte die Idee einer bürgerlichen Schicksalsgemeinschaft mit dem Staat.

Nach konservativer Lesart sollte das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat neu überdacht werden, denn »selbstmörderische Liberalisierungsmaßnahmen« hätten den »irrationalen Haß auf den Staat« geschürt, aus dem nun der Terrorismus gewachsen sei.²⁶ Dass man den Staat »nicht zu lieben« brauche, wisse man »aus dem Munde des ehemaligen Bundespräsidenten, von dem man zudem weiß, dass seine Bewunderung den Aufständischen in der Geschichte galt.«²⁷ Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger sah »die geistige und sittliche Verwilderung« als eine Ursache der Schleyer-Entführung im »leichtfertigen Umgang mit der Würde und den Aufgaben des Staates« begründet.²⁸ Für den CDU-Politiker Filbinger war seine Partei der Gralhüter einer Staatlichkeit, deren Aushöhlung durch SPD und FDP es zu verhindern galt: »Die nächsten Tage und Wochen werden erweisen, auf wen sich unsere freiheitliche demokratische Grundordnung verlassen kann.«²⁹ Aussagen wie diese schufen das publizistische Feld einer weitreichenden Diskreditierung von Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen, indem sie selbst prominente Verfechter dieser Konzeptionen wie Heinemann und Brandt in die Nähe von Staatsfeinden rückten.³⁰

Der Chefredakteur der protestantisch-konservativen *Deutschen Zeitung* hatte Rezepte zur Abhilfe der liberalen Auswüchse parat. Der Staat, so forderte er in einem Kommentar, dürfe die »Bestimmung der ihn leitenden

26 Otto Roegele, »Geistige Wurzeln«, *Deutsche Zeitung*, 16.9.1977.

27 Ebenda.

28 Hans Filbinger, »Dieser Staat ist nun gefordert«, in: *Wochendienst des Staatsministeriums Baden-Württemberg*, 1977, H. 35, S. 1.

29 Ebenda, S. 2.

30 Dies geschah explizit in der verunglimpfenden Zitatensammlung der CDU: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Eine Auswahl von Zitaten*, Bonn 1977, und in dem vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion und CSU-Landesgruppe Walter Althammer vorgelegten Pamphlet: *Walter Althammer, Gegen den Terror. Texte und Dokumente*, Stuttgart 1978. Althammer rückte prominente sozialliberale Politiker und Intellektuelle mittels aus dem Zusammenhang gerissener Zitate in das »geistige Umfeld der Terroristen«. »Der Nährboden des Terrors« war für Althammer eine antibürgerliche Politik der sozialliberalen Koalition: »Die Erfolge der Terroristen sind nur denkbar vor dem Hintergrund jahrelanger Abwertung und Verächtlichmachung unseres Staates [...]. Sie geht seit einem Jahrzehnt einher mit wohlwollendem Verständnis für die angeblich idealistisch motivierte Auflehnung gegen den Staat und tradierte bürgerliche Ordnung bis hin zur Schule und Familie.« (S. 158) Eine linksliberale Gruppierung veröffentlichte daraufhin eine »Gegendokumentation«: *Presse- und Wochendienst Demokratische Initiative, »Terroristen-Sympathisanten?« Im Welt-Bild der Rechten. Eine Dokumentation*, München 1977.

Werte nicht länger den pluralistischen Interessengegensätzen« überlassen: »Er muss selber festlegen, nach welchen Prinzipien er sich fortentwickeln will [...]. Anders gesagt: Die Terroristen fordern die Bundesrepublik heraus, aus ihrem Als-ob-Verhältnis zur Geschichte herauszutreten und wehrhafter Staat sowie tragende Nation zu werden.«³¹ In seiner Trauerrede für die drei Polizeibeamten, die bei der Schleyer-Entführung umgekommen waren, skizzierte auch Filbinger ein autoritäres Bürgerlichkeitsideal. Es gelte nun endlich Front gegen den »Wahnwitz der Terroristen« zu machen, erklärte er vor der Trauergesellschaft. Dazu gehöre,

»dem Irrglauben mancher Bürger zu wehren, dass es in diesem Staat nur Rechte gebe und keine Pflichten. Dazu gehört weiter, der Irrlehre abzuschwören, dass Recht und Ordnung überholte Werte seien, dass derjenige, der Konflikte sucht und schürt, Dienste und Pflichten aber von sich weist, ein besserer Bürger ist, als derjenige, der seine Dienste und Pflichten ernst nimmt.«³²

Das Leitbild des treuen Staatsbürgers, dessen Beteiligung sich nach den gegebenen Formen richtet, der stets loyal und pflichtbewusst für seinen Staat einsteht und statt Veränderung und Kritik »diesen Staat bejaht und täglich in seinem Schutz arbeitet«,³³ erlebte nach der Schleyer-Entführung eine Wiederauferstehung.

Die Reaktivierung autoritärer Deutungsmuster blieb keinesfalls auf konservative Kreise und große Teile der Bevölkerung beschränkt. Sie erfasste auch die Regierungskoalition. Die Opposition und weite Teile der veröffentlichten Meinung hatten ein Klima geschaffen, das eine selbstbewusst-liberale Auseinandersetzung mit dem Terrorismus erschwerte. Auch in sozialdemokratischen Führungskreisen hatte Willy Brandts Trias »kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten« an Strahlkraft verloren. Im Zeichen eines Paradigmas der Inneren Sicherheit galt nun Staatsloyalität als erste Bürgertugend. Im letzten Abschnitt seiner Regierungserklärung vom 15. September 1977 wandte sich Helmut Schmidt an die »Jüngeren«. »Wir Älteren«, rief der Bundeskanzler der Jugend zu, »[...] wissen was Krieg ist. [...] Deshalb arbeiten wir für den Frieden nach außen und für den Frieden nach innen.« Es hätte in Deutschland nie so viele Rechte, Freiheiten und soziale Sicherungen für die Jugend gegeben wie zu diesem Zeitpunkt,

31 Ludolf Hermann, »Die Republik hat sich verändert«, Deutsche Zeitung, 16.9.1977.

32 Hans Filbinger »Front gegen den zerstörerischen Wahnwitz der Terroristen machen«, in: Wochendienst des Staatsministeriums Baden-Württemberg, 1977, H. 36, S. 3, AdsD, ZASS III II. Inneres Terrorakte/B Reaktionen der CDU.

33 Ebenda.

betonte Schmidt und schloss mit einem Appell: »Lassen Sie uns den Jungen gemeinsam zurufen: Erwerben Sie auch innerlich die demokratische Bürgerschaft in unserem Gemeinwesen [...]!«³⁴ Der Leitartikler der *Süddeutschen Zeitung* befand die Nachhilfe des Bundeskanzlers in Sachen Staatsbürgerkunde begründet und konstatierte: »Die Loyalitätsgefühle junger Menschen gegenüber dem Gemeinwesen sind eher schwach und häufig von Mißmut gekennzeichnet.«³⁵

Die Diagnose einer staats-skeptischen Jugend trieb auch Bundespräsident Walter Scheel um. Seit einigen Jahren sei es bei einigen Schriftstellern und Journalisten sowie in »bestimmten Universitätskreisen« Mode, sagte er in seiner Rede zur 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen am 8. Oktober 1977, »kein gutes Haar an diesem Staat« zu lassen.³⁶ Staatliche Institutionen würden von diesen lächerlich gemacht, es bedürfe in mancher Universität mehr Mut, von den Vorzügen des Staates zu sprechen als von seinen Mängeln. Ein Abbau gemeinsamer Werte habe eingesetzt. Demgegenüber entwarf Scheel »kritische Sympathie« als das »richtige Verhältnis eines demokratischen Bürgers zu seinem Staat«. Das Verhältnis der Sympathie bewirke, »daß man sich um den Gegenstand, den man gern hat, sorgt, an ihm hängt, ihn verteidigt und pflegt, daß man sich freut, wenn man ihn sieht«, erklärte der Bundespräsident. Dieses Verhältnis könne man »auch zu so scheinbar abstrakten Dingen wie der Gemeinschaft, dem Gemeinwohl, dem Staat, der Freiheit« entwickeln. Zwar stellte Scheel Kritik an staatlichen Missständen als »Lebenselixier« der Demokratie heraus, jedoch rückte die Loyalitätserwartung an den Bürger ins Zentrum des präsidentialen Staatsverständnisses. Der »mündige Bürger« seines Vorgängers Heinemann erlebte Restriktionen, die Bahnen kritischen Engagements waren in Scheels Konzeption enger gezogen. Wenn der Bundespräsident die versammelten Studenten dazu ermunterte, die »humanen Defizite« der Gesellschaft ans Licht zu bringen, so folgten Einschränkung und Ermahnung auf dem Fuß: »Beißen Sie sich nicht jahrelang an einem Problem fest, das häufig nur ein Vorwand ist, sich gegen den Staat zu stellen.«

So wie Bundeskanzler und Bundespräsident sahen viele Kommentatoren die eigentliche Probe in der staatsbürgerlichen Erziehung der jüngeren Ge-

34 Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 15. September 1977, abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1977, Nr. 86, 16.9.1977, S. 805-808, hier S. 808.

35 Hans Heigert, »Mißbrauch verdirbt«, *Süddeutsche Zeitung*, 19.9.1977.

36 Kritische Sympathie des Bürgers mit dem demokratischen Staat. Ansprache des Bundespräsidenten Walter Scheel zur 500-Jahr-Feier der Universität Tübingen am 8. Oktober 1977, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1977, Nr. 98, 11.10.1977.

neration: »Die meisten alten Bürger wissen instinktiv, was sie an diesem Staat haben. Wenn dieses Gefühl mit jeder neuen Generation immer mehr verloren gehen sollte, brauchten die Terroristen ihr blutiges Geschäft nicht zu betreiben. Was sie allein nicht schaffen können, würde ihnen einfach zufallen.«³⁷ Es war nicht so sehr die Herausforderung des Staates durch den Terror der RAF, der die Debatten während des Deutschen Herbstes bestimmte. Die gewaltsame »Systemveränderung« des Staates, den sich die RAF auf die Fahnen geschrieben hatte, beförderte unterschwellig laufende Debatten über den innergesellschaftlichen Konsens hinsichtlich Staatsverständnis und Gesellschaftsform ans Tageslicht. Die Besonderheit des bundesrepublikanischen Terrorismus liegt gerade darin, als Deutungs- und Handlungssystem durch Auseinandersetzungen um Gesellschaftsmuster mitgeneriert worden zu sein.

Die Schleyer-Entführung als Kulminationspunkt staatlicher Herausforderung wurde vor diesem Hintergrund in der Wahrnehmung vieler übersteigert als »große Probe auf die Wetterfestigkeit unserer Institutionen nach 30 Jahren Sonnenschein«.³⁸ Politiker aus Opposition und Koalition beschworen in ihren Reden wiederkehrend die »Solidarität der Demokraten« im Kampf gegen den Terrorismus. Dieser Topos suggerierte konsensuales staatliches Handeln auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament. Gleichzeitig verpflichtete die Formel die Bürger zu verstärkter Loyalität in der Verteidigung des Staates. Die Selbstidentifizierung mit dem »großen Ganzen«, also mit dem Konstrukt »Staat« oder der Chiffre »Solidarität der Demokraten«, kompensiere zudem ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit, analysierte ein Korrespondent des *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts* in einem hellsichtigen Artikel.³⁹ Im Deutschen Herbst sahen viele Bürger den Staat am Abgrund, das Gemeinwesen in der Sinnkrise. Der Staat gewann in einem Klima der öffentlichen Erregtheit erst an Stärke und Autorität, als er einen autoritären Konsens vermittelte. »Mehr Demokratie wa-

37 Hans-Herbert Gaebel, »Die Probe kommt erst«, Frankfurter Rundschau, 16.9.1977. – Die Bundesregierung verstärkte in der Folgezeit Maßnahmen zur politischen Bildung. Im November 1977 erschien mit großer Auflage ein Themenheft der Zeitschrift *PZ* mit dem Titel »Die Demokratie weiß sich zu wehren. Der Bürgerkrieg findet nicht statt«, welches an Schulen verteilt wurde. 1981 wurde das Themenfeld politische Bildung und Terrorismus auf einer Tagung des Bundesinnenministeriums behandelt; vgl. Arbeitsstab »Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus« im Bundesinnenministerium des Innern (Hg.), Auseinandersetzung mit dem Terrorismus – Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit, Bonn 1981.

38 Gaebel, »Die Probe kommt erst«.

39 Dirk Bavendamm, »Wer oder was ist ein Sympathisant?«, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 25.9.1977.

gen« galt angesichts einer radikalen Minderheit im Land als Selbstaufgabe staatlicher Ordnungsmacht.

II. Verhaltene Renaissance: Linke Bürgerlichkeit und konservative Tendenzwende

Weil den Schriftstellern in der Bundesrepublik ein »Übermaß an Haß« und »Verleumdung vonseiten der CDU/CSU und der diesen Parteien verbündeten Presse« entgegen schlug, wandte sich Günter Grass im Oktober 1977 mit einem Brief an Bundeskanzler Schmidt: »Zwar bin ich im Ertragen solcher Dinge hartgesottener als mein Kollege Heinrich Böll, doch wäre es in dieser Situation auch mein Wunsch, ein öffentliches, unüberhörbares Wort zu erfahren – um offen zu sein: Ein klares Wort des Bundeskanzlers.«⁴⁰ Die Diffamierung von Schriftstellern würde unvorstellbare »Verheerungen in der Provinz« anrichten, schrieb Grass besorgt, »angstbereit« würden viele Bürger die »griffigen Floskeln der Demagogen« übernehmen. Abschließend appellierte er, Unterstützer der sozialliberalen Koalition zu mobilisieren, um mit ihnen »gemeinsam diesen Kampf« offensiv zu führen und die »demokratische Substanz unseres Staatswesens zu verteidigen«. Auch führende Sozialdemokraten sorgten sich um den Zustand des demokratischen Gemeinwesens in der Bundesrepublik. Das Parteivorstandsmitglied Heinz Rapp entwarf einen Redebaustein für Helmut Schmidt, in dem er eine »Erneuerung der politischen Kultur« forderte. »Wir werden aufpassen müssen, dass uns dies alles nicht zum geistigen Bürgerkrieg eskaliert«, mahnte er angesichts der dramatischen Zuspitzung der Terrorismusdebatte:

»Wenn uns jetzt vollends noch die Auseinandersetzung über den Terrorismus außer Kontrolle geraten würde, wenn da jetzt die einen oder anderen den großen Kehraus der Demokratie veranstalten wollten, würde das letzten Endes unseren Staat dahin führen, wo sie [die Terroristen, N.B.] ihn gern hätten: in die Lähmung der Demokratie, die uns sowohl Organisationsform des Staatshandelns als auch Lebensform ist.«⁴¹

Wenn sich die regierenden Sozialdemokraten um die Beständigkeit der Demokratie sorgten und sich um einen gesellschaftlichen Gegenentwurf zu autoritären Strukturen bemühten, so erklärt sich das auch daraus, dass der

⁴⁰ Günter Grass an Helmut Schmidt, datiert auf den 24.10.1977, AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 010014.

⁴¹ Ebenda.

Deutsche Herbst weit mehr als eine Auseinandersetzung um konkrete Sicherheitsmaßnahmen gegenüber terroristischen Herausforderungen war. Indem die Sozialdemokratie auf den »Generalangriff« der Union, wie diese selbst ihre Kritik an der sozialliberalen Politik nannte, mit eigenen Postulaten zu den Grundwerten der Demokratie reagierte, nahm die Terrorismusdebatte auch von dieser Seite die Form eines symbolischen Konflikts an.⁴² Die politischen Auseinandersetzungen des Deutschen Herbstes dienten als Katalysator einer Debatte um die Hegemonie politischer Deutungsmuster, Lebensstile und Wertesysteme.

Zur Dramatisierung und Aufheizung der politischen Auseinandersetzung hatten vor allem allgegenwärtige Sympathisanten-Vorwürfe beigetragen. Ein Strang dieses Diskurses, in dem Teile der CDU selbst Willy Brandt, Herbert Wehner und auch Helmut Schmidt als Verharmloser und geistige Wegbereiter des Terrorismus brandmarkten, war darum bemüht, den Terrorismus als durch sozialliberale Gesellschaftspolitik begünstigt darzustellen. Diese Debatte war Teil einer Reihe von konservativen Kampagnen, die unter dem Eindruck einer tiefen Hegemoniekrise aus dem Umfeld der Unionsparteien seit Mitte der siebziger Jahre forciert wurden.⁴³ So hieß es in einem Artikel eines CDU-Bundestagsabgeordneten eine Woche nach der Schleyer-Entführung, der »gefährlichste Satz, den je ein Bundeskanzler« gesprochen habe, stünde in Willy Brandts Regierungserklärung von 1969: »Wir wollen mehr Demokratie wagen.«⁴⁴ Diese falsche, geradezu totalitäre Auffassung von Volksdemokratie habe, so der Autor weiter, geradewegs dazu geführt, dass die Demokratie kurz »vor dem Abgleiten in die Anarchie« sei. Denn nur durch die sozialliberalen Gesellschaftsreformen sei eben »dieses bestimmte geistig-politische Milieu denkbar«, in dem aus Bürgerinitiativen eine »Verfügungstruppe professioneller Demonstrierer« und schließlich die RAF hatte werden können.

Während des Deutschen Herbstes hatten sich in der Sympathisantendebatte mehrere denunziatorische Abgründe aufgetan. Einen »Verlust an Brüderlichkeit«⁴⁵ sah die *Zeit* ursächlich für die atmosphärische Trübung in der

42 Zur symbolpolitischen Deutung vgl. Hubert Treiber, Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Die Inszenierung »symbolischer Kreuzzüge« zur Darstellung von Bedrohungen der normativen Ordnung von Gesellschaft und Staat, in: Fritz Sack/Heinz Steinert (Hg.), Analysen zum Terrorismus, Bd. 4/2: Protest und Reaktion, Opladen 1984, S. 320-365.

43 Vgl. Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449-479, hier S. 478.

44 Erwin Stidl, »Der Terror in uns selbst«, Deutsche Tagespost, 13.9.1977.

45 Hanno Kühnert, »Ein Verlust an Brüderlichkeit«, Die Zeit, 14.10.1977.

Bundesrepublik. Ein »Großteil der Parteien und der Bürger« hätte es sich angewöhnt, demokratische, politische Gegner »auf das Feld der Staatsfeindlichkeit zu schieben und so ihren Argumenten das Wasser abzugraben«. Die Opposition rücke ihre Gegner jetzt immer wieder in die Nähe der Terroristen, in das Umfeld der Sympathie oder des »Zu-lange-Gewährenlassens«. Die Koalitionsparteien hingegen verbrächten einen Großteil ihrer Reden damit, dies abzuwehren und zu beteuern, dass auch sie die Terroristen ablehnten, schrieb der Kommentator und analysierte: »Ein inquisitorischer Verlust an Denk- und Redefreiheit ist die Folge, weil dieser vordergründige Trick einen dauernden Absicherungszwang mit sich bringt.«

In den Wochen der Schleyer-Entführung sollte sich Heinrich Bölls Befürchtung aus dem Jahr 1972 bestätigen, dass die Kriegserklärung der RAF von den Medien und Politik als Deutungsschema eines tatsächlichen Kriegszustandes übernommen werden könnte. Ähnlich wie in der Selbstwahrnehmung der RAF teilte sich die Republik für die Unionsparteien und die konservative Presse in eine binäre Freund-Feind-Struktur; relativierende Äußerungen, die sich gegen die dramatisierenden Bürgerkriegsszenarien richteten, wurden nach dieser Lesart zu Rechtfertigungsreden des Terrorismus. Die Definitionshoheit über den Begriff »Sympathisant« hatte die Union während der ersten Wochen der Schleyer-Entführung endgültig an sich gerissen. In der *Bild* ging der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel sogar so weit, jeden zu verdächtigen, der Baader-Meinhof als »Gruppe« und nicht als »Bande« titulierte. Ferner sei auch derjenige Sympathisant, gab Vogel zu Protokoll, der »sich mehr dafür interessiert, ob sich ein Terrorist im Hungerstreik befindet, als dafür, wer sich um die Kinder der ermordeten Polizisten kümmert«. ⁴⁶

Im Bundeskanzleramt wuchsen nun nicht nur die Befürchtungen, dass die Strategie der CDU/CSU aufgehen könne und »politisch-ungebundene Bürger in den Sog dieser Stimmung geraten«, vielmehr würden nunmehr sogar »Koalitionsanhänger gefährdet«, wenn ihnen nicht »rechtzeitig Gegenargumente geboten werden«. ⁴⁷ Besonders verärgert waren die Berater des Bundeskanzlers über Äußerungen von Franz-Josef Strauß. Auf dem CSU-Parteitag Ende September 1977 hatte Strauß die Differenzierung Willy Brandts, dass »kritische Geister keine Sympathisanten der Terroristen« seien, »unerträglich« genannt und darüber hinaus die SPD und nicht näher eingegrenzte »Sympathisanten« verdächtigt, für die Terroranschläge mit- und manchmal auch alleinverantwortlich zu sein. Die Solidarität der Demokra-

⁴⁶ »Vogel: Sympathisant ist, wer ...«, *Bild*, 14.9.1977.

⁴⁷ Sprechzettel für Bundeskanzler Schmidt für die Fraktionssitzung vom 27.9.1977, AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 010687, S. 2.

ten hatte sich als trügerisch erwiesen. Als Konsequenz forderte eine Gruppe von Genossen um den Bundesgeschäftsführer Egon Bahr eine offensivere Strategie von Fraktion und Regierung: »Macht ihnen und den Bürgern klar, daß der Bruch der notwendigen Gemeinsamkeit eines Demokraten unwürdig und zu verachten ist.«

Die CDU, so wurde in diesen Tagen in Strategiepapieren der SPD beobachtet, bereitete alles vor, um die »gegenwärtige, noch gezügelte Terrorismus-Debatte« zu einem »großen Abrechnen« mit der Bundesregierung, der sozialliberalen Koalition, schlechthin mit der »gesamte Reformpolitik seit 1969« umzufunktionieren. Die CDU versuche, die sozialliberale Politik in ihrer Gesamtheit zu diskreditieren, »als ob diese unmittelbar zu einem allgemeinen politischen Werteverfall auch mit der Folge des Terrorismus geführt habe«. ⁴⁸ Darüber wuchs in der sozialliberalen Koalition die Einsicht, die Sympathisantendebatte eindämmen zu müssen. Zunächst schlug sich die neu entdeckte Offensive auf dem Feld der Sprachpolitik nieder. Partei- und Fraktionsvorstand verpflichteten die Mitglieder, den Begriff »Sympathisant« aus ihrem politischen Wortschatz zu streichen. Selbst Helmut Schmidt, der seine ersten Stellungnahmen zur Schleyer-Entführung mit Drohungen an die Adresse der Sympathisanten verbunden hatte, sah die hauptsächliche Gefahrenquelle einer besonnenen Terrorismusbekämpfung nun eher in den Attacken der Union als bei vage definierten Zirkeln von RAF-Unterstützern.

Zudem entdeckte die Bundesregierung ihr sozialliberales Profil neu. In dem Willy Brandt die Frage der Inneren Sicherheit mit der »inneren Freiheit in unserem Lande« ⁴⁹ gekoppelt sah, reaktivierte er bürgerrechtliche Leitideen sozialdemokratischer Programmatik. In seiner Lageanalyse vor den obersten Parteigremien der SPD sprach er sogar davon, dass die Koalition nun vor einem »Zweifrontenkampf« stehe, einerseits gegen die »verbrecherischen Terroristen« und andererseits gegen die »Demagogen, die den Terrorismus benutzen wollen, um die Entwicklung der Bundesrepublik zurückzudrehen«. ⁵⁰ Auch Helmut Schmidt legte die staatsmännisch-überparteiliche Rolle ab, die ihm in der öffentlichen Meinung viel Anerkennung verschafft hatte. Stattdessen gab er sich kämpferisch: »Eine Deformation der geistig-politischen Landschaft in der Bundesrepublik muss verhindert

48 Gessler/Pache, Betr. Terrorismus-Debatte, Vorschläge zum weiteren Vorgehen der Bundesregierung und zur Einschätzung der Opposition, 22.9.1977, ebenda, Mappe 010016.

49 Protokoll über die gemeinsame Sitzung von Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission am 14.10.1977 in Bonn, AdsD, ebenda, Mappe 6290, S. 4.

50 Ebenda.

werden. Die von Scharfmachern betriebene Denaturierung des geistig-politischen Klimas kann nur durch die sozial-liberale Koalition abgewehrt werden.«⁵¹ In der Koalition wuchs die Unsicherheit über die Politik der Inneren Sicherheit. In Kommunikés und Reden versuchte Schmidt die Eigendynamik dieses Politikfeldes zu stoppen. Schmidt unterstrich, dass die weiteren Gesetzgebungsmaßnahmen in diesem Bereich »ohne Überstürzung, vielmehr mit Sorgfalt und in ruhiger Abwägung erfolgen« sollten.⁵²

Die sozialliberale Koalition stand mit zunehmender Dauer des Entführungsfalls vor immer größeren Schwierigkeiten, die ausufernden Anforderungen der Politik der Inneren Sicherheit in Einklang zu halten mit dem sozialliberalen Profil, welches für Willy Brandt in dem Imperativ bestand, »Reformbewußtsein [zu] erhalten und [zu] vermitteln«.⁵³ Die Solidarität der Demokraten hatte der Bundesregierung nur kurzfristig einen Gewinn an politischem Terrain gebracht. Erst als auch führende Koalitionspolitiker ihre defensive Haltung aufgaben und den Kampagnen der CDU/CSU entgegentraten, konnten zumindest teilweise die diskursiven Räume ausgeweitet werden. Der pauschalierende Sympathisantenvorwurf wurde – auch aufgrund der Mahnungen zur sprachlichen Differenzierung von führenden Repräsentanten der Koalition – für Exklusionsstrategien politisch Andersdenkender unbrauchbar. Zudem verlor er nach dem Ende des Deutschen Herbstes an diffamierender Brisanz.

Ungeachtet dessen wirkten sich die Deutungskategorien der Terrorismusdebatte auf die Wahrnehmung der Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der sozialliberalen Koalition aus. Nicht mehr die Durchsetzung von Reformen, sondern erst einmal die Schaffung eines Reformbewusstseins erschien nötig. Selbst Willy Brandts politische Zielsetzungen waren nicht mehr vom Reformoptimismus der frühen siebziger Jahre bestimmt. Einen Tag nach der Entführung der Lufthansamaschine »Landshut« skizzierte der Parteivorsitzende die mittelfristigen sozialdemokratischen Politikkonzeptionen. Selbst wenn im Bereich der Inneren Sicherheit und »einigen anderen Feldern der Politik nichts bewegt werden könnte«, bekräftigte Brandt, sei es »gleichwohl notwendig, daß sich die Sozialdemokraten gerade jetzt nicht die Regierungsmacht aus den Händen winden ließen«.⁵⁴ Es bleibe Aufgabe der Koalition, führte er fort, »diesen Staat heil durchzubringen durch die

51 Kommuniké über die Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 13.10.1977 (Teil 1), AdSD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 010688, S. 1.

52 Ebenda.

53 Protokoll über die gemeinsame Sitzung, S. 5.

54 Ebenda.

innen- und außenpolitischen Erschütterungen unserer Zeit«. Aus dem Reformelan der siebziger Jahre war unverkennbar eine Politik der Staatsräson geworden.

Der Paradigmenwechsel politischer Gestaltungsentwürfe war eingebettet in einen seit 1976 virulenten kulturpessimistischen Diskurs über die »Rolle der Grundwerte« für die Demokratie. Motor des Diskurses war vor allem die katholische Kirche, die als eine Ursache des Terrorismus die »zynische Herabsetzung der Grundwerte« geißelte. Herausgefordert durch die Reform des Schwangerschaftsabbruchs und des Eherechts hatte die Katholische Akademie Hamburg 1976 in einer viel beachteten Tagung festgestellt, »dass die Übereinstimmung wichtiger Gruppen unserer Gesellschaft hinsichtlich der Grundwerte in einer Krise sei«⁵⁵.

Ein Jahr später wurde dieses Deutungsmuster von katholischen Bischöfen reaktiviert, um den Terrorismus zu erklären, ursächlich blieb dabei der Angriff auf ethische Normen, wie zum Beispiel beim Schwangerschaftsabbruch.⁵⁶ Kaum verhüllt trat hier die Forderung nach einer Restauration traditioneller Werte, nach »ideeller, geistig-sittlicher Homogenität« des Staates hervor.⁵⁷ Die Schuldigen des Werteverfalls waren schnell ausgemacht: SPD und FDP, deren einst flimmerndes Schlagwort »Reform« im Zuge der De-

55 Teilnehmer der Tagung waren unter anderem Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Werner Maihofer. Vgl. den Tagungsband: Günter Gorschenek (Hg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft, München 1977. Zur Einordnung der Grundwerte-Debatte vgl. Konrad Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004, S. 200. Vgl. zur späteren Werte-Diskussion Ende der siebziger Jahre den Tagungsband: Helmut Klages/Peter Kmiecik (Hg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt am Main 1979; ferner: Bergedorfer Gesprächskreis (Hg.), Was bleibt noch vom staatsbürgerlichen Grundkonsens? Jugendprotest, Wertewandel, Krise der politischen Kultur, Hamburg 1981.

56 Die Erklärung der Bischöfe fand große Beachtung. Sie war z. B. oberste Schlagzeile in der *Welt*: »Bischöfe beklagen »zynische Herabsetzung der Grundwerte«, Die Welt, 22.9. 1977.

57 Ein konservativer *roll-back* wurde verstärkt seit der Ölpreiskrise 1973 von Kommentatoren und Politikwissenschaftlern diagnostiziert: »Wir erleben in diesen Tagen einen politischen Klimawechsel [...] Begriffe, die bis vor kurzem noch hoch in Kurs standen, werden nur noch zögernd verwandt, mit einer Entschuldigung gleichsam, dass man sie nicht vermeiden kann: Demokratisierung, Emanzipation, Partizipation sind solche Worte.« Martin Greiffenhagen, Freiheit gegen Gleichheit? Zur »Tendenzwende« in der Bundesrepublik, Hamburg 1975, S. 7; vgl. außerdem den Sammelband: Martin Greiffenhagen/Hermann Scheer (Hg.), Die Gegenreform. Zur Frage der Reformierbarkeit von Staat und Gesellschaft, Reinbek 1975; ferner aus sozialdemokratischer Perspektive: Johano Strasser, Die Zukunft der Demokratie. Grenzen des Wachstums, Grenzen der Freiheit?, Reinbek 1977, S. 15-57. Vgl. ferner zur Kritik am Konzept »Tendenzwende« Hermann Rudolph, Die Herausforderung der Politik. Innenansichten der Bundesrepublik, Stuttgart 1985, S. 230-249.

batte immer häufiger mit »Systemveränderung« gleichgesetzt wurde. Selbst unverdächtige ethische Normen wie »Solidarität« gerieten unter den Generalverdacht klassenkämpferischer Umwälzung.⁵⁸ Das zeitgenössische Schlagwort »Wertewandel« war ein Container für diffuse Zukunftsängste, ob nun ökonomischer oder ökologischer Natur.

Die SPD reagierte auf den konservativen Pendelschlag, indem auch sie den verloren geglaubten gesellschaftlichen Werten nachspürte. Ihre Grundwertekommission legte erste Ergebnisse der Selbsterforschung anlässlich einer Parteivorstandssitzung inmitten der Schleyer-Entführung vor.⁵⁹ Das pessimistische Papier verhandelte unter Punkt 2 »Grundwerte in einer gefährdeten Welt«, doch schon unter dem ersten Unterpunkt »Tendenzwende« führten die Sozialdemokraten nur noch Rückzugsgefechte. Das konservative Stichwort »Tendenzwende« ermögliche es den Unionsparteien, »die radikal veränderte Gesamtsituation [...] für ihre Politik der Erhaltung traditioneller Herrschafts- und Rechtsverhältnisse«⁶⁰ zu nutzen. Die Reformpolitik der Sozialdemokratie hätte damit begonnen, gesellschaftliche und rechtliche Privilegien abzubauen, und es sei bei den verschiedenen Reformen von Ehe- und Familienrecht bis zur Reform des § 218 und des Strafvollzugs nur um ein Ziel gegangen: »dem mündigen und mitverantwortlichen Bürger unter gerechteren und gesetzlichen Ausgangsbedingungen eine größere Chance solidarisch verantworteter Freiheit zu geben.«⁶¹ Doch nun prägten Unruhe, Rat- und Orientierungslosigkeit das Bewusstsein wichtiger Gruppen von Bürgern, deren Neigung zu Konservatismus, zum Klammern an das Bestehende wachse. Die »neue Realität« des Terrorismus zeigte nach Lesart der Grundwertekommission, dass konservative und reaktionäre Kräfte Zulauf bekämen und »den Terrorismus als Argument für den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und zur Verhinderung gesellschaftspolitischer Reformen nutzen«.⁶²

58 Kurt Reumann, »Wo Solidarität unmenschlich wird«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.9.1977. Nach einer Eloge über die »Perversion der Werte« sieht Reumann »Solidarität« an die Stelle von »Nächstenliebe« und »Kameradschaft« treten: »Unsere fortschrittlichen Erzieher, die Solidarität als höchstes Ideal auf ihre Wandtafeln geschrieben haben, werden sich fragen müssen, ob nicht auch Mörder sich einbilden können, aus Solidarität zu handeln. Noch einmal: nichts gegen Solidarität, aber alles gegen die Verabsolutierung von Solidarität zum ausschließlichen, Nächstenliebe ausschließenden Wert.«

59 Vgl. Grundwerte in einer gefährdeten Welt, Vorlage der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand zur Sitzung des Parteivorstandes am 19.9.1977, AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 009476.

60 Ebenda, S. 4.

61 Ebenda, S. 3.

62 Ebenda, S. 9.

Während die sozialliberale Koalition den konservativen Krisenszenarien nur zaghaft entgegentrat oder ihnen selbst aufsaß, erwachte zumindest die linksliberale Öffentlichkeit nach dem Deutschen Herbst aus ihrem Winterschlaf. Klaus Weinhauer und vor ihm schon Uwe Backes haben zu Recht darauf hingewiesen, dass gegen Ende der siebziger Jahre als Gegenreaktion auf Terrorismus und dessen Bekämpfung gesellschaftskritische Haltungen an Schubkraft gewannen und infolgedessen ein Boom an gesellschaftlicher Selbstorganisation zu verzeichnen war.⁶³ In den folgenden Jahren erlebte bürgerliches Engagement eine Blütezeit,⁶⁴ erstmals in großem Maße außerhalb der etablierten Parteienlandschaft. Heterogen zusammengesetzte Bürgerinitiativen prangerten die »Menschenfeindlichkeit des Systems« an. Hierbei ging es nicht nur um Kernkraftwerke ohne überzeugende Sicherheitslösungen, sondern auch um »den Ausbau eines Überwachungsstaates, der auch schon die Möglichkeit ›radikal‹ zu sein, aus den Köpfen treiben soll, es geht um das Überflüssigwerden von Bürgerpartizipation bei autoritärem Krisenmanagement«.⁶⁵ Die Werte des »Systems« sollten in der Praxis widerlegt werden, wie es im zeitgenössischen Protestduktus hieß. Das Erstarren der Neuen Sozialen Bewegungen war somit auch ein Produkt des Deutschen Herbstes; dessen Auswirkungen viel differenzierter und ambivalenter erschienen, als es das Label der »Bleierne Zeit« suggeriert. Zu einer Zeit, als in einer Umfrage über 30 Prozent der Befragten schon Menschen, die Kritik am Staat übten, als Sympathisanten außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stellten und Unionsabgeordnete das liberalisierte Demonstrationsrecht wieder einschränken wollten, fand eine der bis dahin größten Demonstrationen von Kernkraftgegnern in Kalkar statt.⁶⁶ Die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten wurde von einer kritischen Öffentlichkeit mit Besorgnis beobachtet,⁶⁷ auch wenn der Protest im Vergleich zur Studenten-

63 Vgl. Klaus Weinhauer, *Terrorismus in der Bundesrepublik*, S. 240; Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991, S. 11 f.

64 1977 existierten ca. 20.000 Bürgerinitiativen, vor allem gegen Ende des Jahres kam es zu einer Flut von »grün-bunten Initiativgruppen«. Vgl. Dieter Rucht, *Von Wühl nach Gorbelen. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München 1980, S. 80 f. Das *Kursbuch* widmete im Dezember 1977 eine Ausgabe dem Erstarren der Bürgerinitiativen und titelte: »Bürgerinitiativen / Bürgerprotest – eine neue vierte Gewalt?«; vgl. *Kursbuch* (1977), H. 50.

65 Detlef Murphy/Frauke Rubart/Ferdinand Müller/Joachim Raschke, *Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebelln. Ursachen und Perspektiven*, Reinbek 1979, S. 8.

66 Ca. 35.000 Menschen demonstrierten am 24.9.1977 gegen den Bau des »Schnellen Brüters« in Kalkar, vgl. »Friedliche Demonstration in Kalkar«, *Süddeutsche Zeitung*, 26.9.1977.

67 Beispielfhaft sei hier verwiesen auf den Sammelband Erhard Denninger (Hg.), *Freiheitliche demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik*, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1977.

revolte »defensiver, weniger selbstbewußt, pessimistischer« war, wie in einer Rowohlt-Aktuell-Publikation eingeräumt wurde.⁶⁸ Der Grundtenor der linksliberalen Kritik diagnostizierte, dass die Flut von Antiterrorgesetzen zu einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas beigetragen habe: »Es atmet sich nicht mehr so frei wie noch vor drei, vier Jahren.«⁶⁹ Die sozialliberale Koalition dürfe sich von den Forderungen der Opposition nach weiterer Einschränkung der Bürgerrechte nicht einschüchtern lassen, der »Rechtsstaat muss nicht nur gegen Terroristen verteidigt werden«.⁷⁰ Vor allem in der linksliberalen Presse wurden Gesetzesänderungen argwöhnisch beäugt: »Der ramponierte Rechtsstaat«, titelte *Der Spiegel* im Dezember 1977 und konstatierte: »Vor lauter neuen Gesetzen wurde die Liberalität aufs Spiel gesetzt.«⁷¹ Doch obwohl linksliberale Positionen durchaus lautstark in der Öffentlichkeit vertreten wurden, schien sich das Opportunitätsfenster linksliberaler Positionen geschlossen zu haben.

Das veranlasste wohl auch das linksintellektuelle Magazin *L 76* Anfang Oktober 1977 eine Tagung unter der Frage »Was ist heute links?« zu veranstalten. Die Mitherausgeberin Carola Stern erhob in ihrem Eingangsreferat eine ernüchterte Bestandsaufnahme linker Politik im Schatten der Schleyer-Entführung. Die linke und liberale Bewegung sei auf dem Rückzug. Schritt für Schritt zurückweichend versuchten Linke und Liberale, einzelne Gesetze zu verhindern und andere zu erhalten, die sie vorher noch für reformbedürftig gehalten hätten. »Radikal zu sein, kann heißen, für die Erhaltung des Status quo zu kämpfen. Das ist die bittere Wahrheit«, konstatierte Stern.⁷² Angesichts eines starken Rechtskonservatismus, welcher Bedrohungen durch den Terrorismus als Vorwand nehme, um Arbeitnehmer- und Bürgerrechte einzuschränken, sah Stern die einzige Chance der Linken in der Verteidigung liberaler Freiheitsrechte: »Indem die sozialistische Linke das liberale Wächteramt übernimmt, hebt sie die Teilung der linken Bewegung in eine vom revolutionären Bürgertum begonnene liberale und eine spätere sozialistische der Arbeiterbewegung auf.«⁷³ Mit dieser pathetischen Formulierung weist Stern auf eine Entwicklung des Deutschen Herbstes hin, die ein neues Verhältnis zur Bürgerlichkeit und eine neue Konnotation des Bürgers in sozialdemokratischen und sozialistischen Kreisen bedeutete. Die

68 Murphy/Rubart/Müller/Raschke, Protest, S. 8.

69 Der ramponierte Rechtsstaat, *Der Spiegel*, 1977, H. 50, S. 32-34, hier S. 33.

70 »Ermittlungsnotstand«, *Frankfurter Rundschau*, 13.9.1977.

71 Der ramponierte Rechtsstaat, S. 32.

72 Was ist heute links? Dokumentation der ersten *L 76*-Tagung in Recklinghausen, in: *L 76. Demokratie und Sozialismus (1978)*, H. 7, S. 84-185, hier S. 87.

73 Ebenda, S. 90 f.

bundesdeutsche Linke gefiel sich nicht mehr allein in antibürgerlicher Rhetorik; als »bürgerlich«, das nicht mehr wie in den Zeiten der Außerparlamentarischen Opposition (APO) als Kampfbegriff taugte, galt nicht länger einfach alles Rückständige oder Überholte.

Ausgerechnet im Deutschen Herbst schienen sich auch ehemals staatskritische Linke mit dem Staat zu versöhnen, indem sie dessen Liberalität zu verteidigen suchten. Staatsskeptische Autoren und APO-Apologeten verfassten »Briefe zur Verteidigung der Republik« und »Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit«⁷⁴. Die »neueste Neue Linke definiert sich konservativ«, wunderte sich ein konservativer Kommentator.⁷⁵ Auch Carola Stern sah eine Verschiebung linker Positionen unter dem Eindruck von Terrorismus und Ökologiebewegung. Die »klassische Definition von links, nämlich die Überzeugung von der Veränderbarkeit der Welt und das Drängen auf Veränderung, ist uneingeschränkt fragwürdig geworden. Links und konservativ im Sinne von Bewahrenwollen bilden nicht mehr einen unabdingbaren Gegensatz«⁷⁶. Der Schock des Deutschen Herbstes erzwang eine Rückbesinnung auf politische Grundwerte als eigentlichen Kern der Demokratie.

III. Widerläufige Impulse und die Erosion der sozialliberalen Koalition: Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund eines zugespitzten gesellschaftlichem Krisen- und Dissonanzbewusstseins erlebte während des Deutschen Herbstes ein konservatives Bürgerlichkeitsideal eine öffentliche Renaissance. Die Sehnsucht nach Bürgerlichkeit gründete sich in der Suche nach einem soliden Orientierungsrahmen und stand als nachgeholte Abgrenzungsbewegung gegen die APO im Gegensatz zu sozialliberalen »Systemveränderungen« und Ungewissheit in dynamischen Zeiten. Die Schleyer-Entführung beschleunigte diese Entwicklungen; auch sozialliberale Politiker schränkten Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen nun fast vollständig ein. Versinnbildlicht wird dies in Walter Scheels Formel von »kritischer Sympathie« des Bürgers mit dem Staat, die das Gewicht mehr auf Sympathie als auf Kritik legte. Die Verbundenheit des Bürgers mit dem Staat in der »Solidarität der Demokraten« kompensierte Ängste in einer verunsicherten Republik.

74 Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.), Briefe zur Verteidigung der Republik, Reinbek 1977; dies. (Hg.), Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit. Nachträge 1978, Reinbek 1978.

75 Günther Scholz, »Die neueste Linke trägt konservativ«, Deutsche Zeitung 14.10.1977.

76 Was ist heute links?, S. 87.

Die eingangs aufgeworfene Frage nach einer Restauration von Bürgerlichkeitsentwürfen muss allerdings differenziert beantwortet werden: Einerseits verstärkten die Terrorismusdebatten die Rückkehr eines konservativen Bürgerlichkeitsideals, andererseits wirkten sie auch gerade in Abgrenzung hierzu als Katalysator außerparlamentarischen bürgerlichen Engagements. Die »Herausforderung des Terrorismus« kehrte während der Zeit der Schleyer-Entführung die demokratischen Spielregeln sichtbar um. Vertraulichkeit wurde zum Signum staatsershaltender Politik, wohingegen das Private für den Staat öffentlich wurde. Die »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas) der Bürger schien nun nicht nur durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den siebziger Jahren zu drohen, sondern vor allem auch durch den Ausbau der staatlichen Sicherheitsapparate in Polizei und Verfassungsschutz. Allerdings blieben die Ausweitung staatlicher Kompetenzen und die Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte nicht ohne Widerspruch. Eine breite Öffentlichkeit wurde im Zuge von Rasterfahndung und Verfassungsschutzaktivitäten für Datenschutz und Verteidigung bürgerlicher Freiheitsrechte sensibilisiert. Das bürgerlich-liberale Staatsvertrauen erlebte in diesem Zusammenhang eine Trübung, Misstrauen gegenüber staatlichem Handeln wurde zur Grundierung des politischen Engagements der Protestbürger. Der Deutsche Herbst brachte eine neue Welle an bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen mit sich, allerdings außerhalb des »Parteienstaates«. Bürgerinitiativen erlebten in der Folgezeit ihre Blüte, Politik erfuhr eine Entgrenzung.

Die Union hatte das Politikfeld der Inneren Sicherheit besetzt, während die Sozialdemokraten unter den Verdacht der Unsicherheit und um 1980 in die Konkurrenz mit den Grünen gerieten, welche bürgerrechtliche Politik überzeugender verkörperten. Der Deutsche Herbst und dessen mitlaufende Diskurse wurden so zu einem gewichtigen Faktor der Politik: Er trug im Hintergrund von wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen mit dazu bei, die Handlungsfähigkeit der sozialliberalen Politik abzutragen und präparierte die politische Landschaft für die »geistig-moralische Wende«. Helmut Kohls Schlagwort nahm die durch die Terrorismusdebatten verstärkten Versatzstücke der »Tendenzwende« auf: Eine »politisch-geistige Krise«,⁷⁷ gekennzeichnet von Unsicherheit, Angst und Ratlosigkeit, konstatierte er in seiner ersten Regierungserklärung 1982.

Als allerdings das christdemokratische Theorieblatt *Die politische Meinung* Anfang 1985 die »Halbzeit für Kohl«⁷⁸ bilanzierte, war das Schlagwort

77 Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 13.10.1982 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen), Bonn 1982, S. 3.

78 Ludolf Hermann, Halbzeit für Kohl. Der Wechsel und die Wende – eine prognostische Bilanz, in: *Die politische Meinung* (1985), H. 218, S. 12-24.

»Tendenzwende« selbst bei konservativen Vordenkern verblasst. Kohl hätte es mit einer »sozialliberal imprägnierten Gesellschaft« zu tun, die eine Wende nur zu vertrauten Bedingungen erwarte, schrieb Ludolf Hermann. Im rechtskonservativen Monatsheft *Criticon* fiel die Bilanz noch vernichtender aus. Günter Rohrmoser äußerte sich enttäuscht darüber, dass die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihr »Versprechen der geistigen Wende« nicht erfüllt habe.⁷⁹ Er konstatierte: »Die geistige Führung der Republik ist von grünen und alternativen Bewegungen übernommen worden«. Die Bundesrepublik sah er wie ein »steuer- und orientierungsloses Schiff« der rot-grünen Alternative entgegenreiben.

Der von den Sozialdemokraten in der Folge des Deutschen Herbstes gefürchtete konservative *roll-back* blieb aus. Das Schlagwort von der Tendenzwende hatte sich zwar als bemerkenswert erfolgreich, aber eben doch nur als wahltaktische Illusion erwiesen. Auch wenn die Konservativen alles, was für sie mit »1968« oder »sozialliberalem Reformismus« zusammenhing, scharf bekämpften, wurden sie indirekt »Opfer« dieser Wirkungen. Die konservative Wende von 1982 konnte sich der sozialliberalen »Fundamentalliberalisierung« und den Einflüssen der APO nicht entziehen. Eine Rückwendung zu althergebrachten Werten im Sinne der Tendenzwende war anachronistisch in der hedonistischen Konsumgesellschaft.

Jedoch hatten die Sozialdemokraten während des Deutschen Herbstes – ebenso wie die Konservativen selbst – die Einflussmöglichkeit der Politik im Sinne der Tendenzwende auf langfristige gesellschaftliche Entwicklungen überschätzt. Indem die Sozialdemokraten dies taten und versuchten, Teile der vermeintlich gesellschaftlich vorherrschenden konservativen Konzeptionen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu adaptieren, grenzten sie viele mündige Bürger aus, die nun ihr Feld politischer Betätigung außerhalb der Parteien in Bürgerinitiativen suchten. Dabei hatten Berater Schmidts die Lehren des RAF-Terrorismus in einem Entwurf für eine Parteitagrede im November 1977 gerade darin gesehen, »Protestwellen von Anfang an ernst« zu nehmen und »adäquat – also auch durch Prüfung und Erfüllung gerechtfertigter Forderungen«⁸⁰ darauf zu reagieren. »Mehr Demokratie« wagten allerdings nicht mehr Politiker der sozialliberalen Koalition, sondern die Bürgerinitiativen außerhalb, später auch die Grünen innerhalb der Parlamente. Auch dies war einer der Impulse, die während des Deutschen Herbstes verstärkt wurden und letztlich das langsame Ende der sozialliberalen Ära herbeiführen sollten.

79 Günter Rohrmoser, Geistige Wende?, *Criticon*, November/Dezember 1984, H. 86, S. 261 f.

80 Konzept für Parteitagrede zur Stabilität der deutschen Demokratie, AdSD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 009435, S. 5.